Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 58 — Mittwoch, den 10. März 1926 — 21. Jahrgang

Eröffnungstagung in Genf.

Punkt 3¼ Uhr ertönen die Hammerschläge des Präsidenten, neben dem links der Generalsekretär Sir Eric Drummond und rechts die Dolmetscher sitzen. Präsident Ishii erhebt sich und verliest die kurze Eröffnungsansprache. Er macht zunächst auf die satzungsgemäßen Bestimmungen aufmerksam, die die Einberufung dieser außerordentlichen Tagung ermöglicht haben, und erwähnt dann, daß auf Grund des am 9. Februar 1926 eingegangenen deutschen Aufnahmeantrages der Rat noch am gleichen Tage für den 12. Februar einberufen worden ist, zur Prüfung der Frage, ob es nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung angängig sei, zur sofortigen Prüfung des deutschen Aufnahmegesuches eine außerordentliche Tagung der Versammlung einzuberufen.

Präsident Ishii fuhr fort, daß es im allgemeinen üblich sei, daß der Präsident des Rates bei Eröffnung der Versammlung zur Einleitung der Verhandlungen einen Ueberblick über die Arbeit des Völkerbundes im vergangenen Jahre gebe. Angesichts des besonderen Charakters dieser Tagung erklärte er aber, darauf zu verzichten, um dem Präsidenten der ordentlichen Septembertagung in keiner Weise vorzugreifen. Immerhin möchte ich, fuhr Ishii fort, Ihre Aufmerksamkeit auf einen oder zwei Punkte lenken.

Zunächst möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß jetzt genau ein Monat verflossen ist, seit das deutsche Aufnahmegesuch bei uns einging. In einem so kurzen Zeitraume amtliche Vertreter der meisten Staaten der ganzen Welt einzuberufen und zu versammeln, das ist sicherlich eine Tatsache ohne Beispiel, die zeigt, ein wie wirksames Werkzeug der Völkerbund bereits darstellte, wenn es um Verhandlungen von Angelegenheiten geht, die eine hohe Zahl von Völkern interessieren.

Ferner bin ich sicher, die Gefühle nicht nur der hier versammelten Delegierten, sondern aller derjenigen Menschen der ganzen Welt auszusprechen, die Ihre Verhandlungen verfolgen, wenn ich sage, daß dem Ereignis, das uns heute hier zusammenführt, die allerhöchste Bedeutung zukommt.

Eine große Nation steht vor Ihnen und wünscht, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Ich möchte in dieser Tatsache ein Anzeichen dafür sehen, daß die Bindungen, die untereinander die Mitglieder des Völkerbundes vereinigen, so unvollkommen sie auch noch den Geist internationaler Gerechtigkeit verkörpern, dem sie ihre Entstehung verdanken, dennoch mehr und mehr die Hoffnung beleben und in stets höherem Maße auf das Gewissen der ganzen Welt einwirken müssen.

Ishii erklärte sodann die außerordentliche Tagung der Völkerbundversammlung für eröffnet.

Danach vertagte sich die Versammlung bis 4½ Uhr nachmittags.

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 48 von den 55 Völkerbundsstaaten vertreten sind, während sieben, nämlich Argentinien, Bolivien, Costarica, Haiti, Honduras, Panama und Peru keine Delegierten geschickt haben.

Affonso da Costa Vorsitzender der Völkerbundsversammlung.

Genf, 8. März. Die Völkerbundsversammlung wählte mit 36 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Affonso da Costa unter großem Beifall der Delegierten zu ihrem Präsidenten. Auf den dänischen Gesandten in Berlin Zahle sind 8 Stimmen entfallen. Während der Ratspräsident Baron Ishii das Wahlergebnis verkündete und da Costa den Präsidentenstuhl einnahm, arbeiteten im Reformationssaal zum erstenmal die grellen Scheinwerfer der Kinematographie. Der neugewählte Präsident da Costa dankte darauf in einer kurzen Ansprache im Namen seines Landes und in seinem eigenen Namen für die ihm durch die Wahl erwiesene Ehre, und erklärte, daß Portugal ein entschiedener Verteidiger der Grundsätze sei, auf denen die segensreiche Tätigkeit des Völkerbundes zur Regelung der Beziehungen unter den Völkern beruhe. Die Dauer der gegenwärtigen außerordentlichen Tagung sei wesentlich kürzer als die anderen Tagungen der Völkerbundsversammlung, dafür sei aber ihre Aufgabe, nämlich

die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund,

von um so größerer Bedeutung. Freilich gebe es noch manch andere Nation, die noch außerhalb des Völkerbundes stehe, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika. Er würdigte dann in großen Zügen das Vertragswerk von Locarno und den in ihm verkörperten neuen Geist, mit dessen Hilfe künftig an Stelle von Gewalt die Vernunft und an Stelle von Konflikten die Verständigung herrschen soll. Er erinnerte ferner an ein Wort Chamberlains, wonach der Vertrag von Locarno der Erhaltung des Weltfriedens dienen werde und entbot allen, die zum Gelingen des großen Vertragswerkes beigetragen haben, die wärmsten Grüße der Versammlung.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungssitzung trat dann die Versammlung um 4.40 Uhr wieder beisammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten entgegen. Die Völkerbundsversammlung wählte den englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeantrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Budgetausschusses, dem die Festsetzung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen. Chamberlain und Loucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung. Außerdem wurden folgende sechs Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja-Italien, Ishii-Japan, James Allen-Neuseeland, Caballero-Paraguay, Titulesco-Rumänien und Morales-San Domingo.

Times zur Frage der Ratssitze.

London, 8. März. Der Sonderberichterstatter der „Times" in Genf schreibt: Spanien vertritt jetzt den Standpunkt, daß die Kandidaturen für ständige Ratssitze in chronologischer Reihenfolge geprüft werden müßten. Danach würde Spanien an erster Stelle stehen. Spanien wird gegen die Wahl Deutschlands keinen Widerspruch erheben und keine Bedingungen stellen, ist jedoch entschlossen, aus dem Völkerbunde auszutreten, wenn es nicht selbst gewählt wird. Der schwedische Vertreter Unden hält an der Auffassung fest, daß die Arbeit des Völkerbundsrates in den Ratssitzungen selbst und nicht vorher in privaten Verhandlungen getan werden soll. Der Anspruch eines jeden Staates müsse auf seine Eignung hin geprüft werden. Er sei jedenfalls entschieden gegen eine Vermehrung der Ratssitze im gegenwärtigen Augenblick, abgesehen von Deutschland. Das Ansehen Undens im Völkerbunde ist beträchtlich, und man glaubt, daß seine Stellung durch die Schwächung der Position Briands infolge dessen Rücktritts noch weiter gestärkt ist.

„Die Freunde Frankreichs in Genf sind beunruhigt!"

Unter dieser Ueberschrift schreibt der Sonderberichterstatter des „Matin" aus Genf:

„Hier kann man die „internationalen Rückwirkungen" erkennen, denn es wird von nichts anderem gesprochen, als von der Demission Briands. Die Franzosen und die Freunde Frankreichs fragen sich, welche Haltung Frankreich im Laufe der Hauptverhandlung des Völkerbundes einnehmen wird. Wie es sich zu der Politik stellen wird, die es selbst eingeleitet hat. Ich habe den Beauftragten und den Freunden Frankreichs versichert: „Briands Sturz hat nichts zu bedeuten. Er kommt wieder. Er ist der ständige Delegierte Frankreichs beim Völkerbund. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß er unter allen Umständen das Außenministerium wieder annehmen wird."

Aber ich sehe, daß ich meine Frager, Polen, Tschechen und Rumänen, schwer überzeugen kann und übrigens bin ich selbst nicht überzeugt. Frankreich wird diesmal keinen großen Einfluß haben und Briand kann kaum mehr denn 24 Stunden hier bleiben. Kurz: in Anbetracht der Pariser Ereignisse beginnt die Sitzung des Völkerbundes nicht unter günstigen Voraussetzungen.

Wieder ein Verfahren gegen Hitler.

München, 8. März. Wie die „Münchener Post" hört, hat die Staatsanwaltschaft in München gegen Hitler und Genossen ein Verfahren eingeleitet. Dies Verfahren steht mit der Sprengung der letzten Versammlung der Deutschvölkischen in München im Zusammenhang.

Mussolini kommt nicht nach Genf.

Von zuständiger italienischer Seite wird bestimmt versichert, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini nicht die Absicht hat, sich zu den Völkerbundsarbeiten nach Genf zu begeben.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über die Steuersenkungen.

Berlin, 8. März. In der heutigen Sitzung des Reichstags führte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold aus: Das Gesetz über die Steuersenkungen hält sich sehr eng an den Inhalt meiner Etatsrede. Eine Abweichung besteht nur darin, daß wir uns jetzt entschlossen haben, die Luxussteuer vollständig aufzuheben, weil auch ihre teilweise Aufrechterhaltung als eine Besteuerung deutscher Qualitätsarbeit wirken würde (Beifall). Die Steuersenkungen dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie sind ein Teil des Programmes der Regierung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nach schweren Krisen. Dazu gehört in erster Linie die Hebung und Förderung des Exportes. Dazu gehören weiter Maßnahmen zur Kredithilfe. Dazu gehört vor allem die Wiederbelebung der Bautätigkeit. Wir haben den Ländern und Gemeinden schon die Möglichkeit zur Hergabe billiger zweiter Hypotheken gegeben. Wir wollen jetzt auch bei der Beschaffung erster Hypotheken helfend vorgehen, zunächst durch einen gewissen Zwischenkredit aus Reichsmitteln. Die Steuersenkungen sind nur durchführbar, wenn wir gleichzeitig Sparsamkeitsmaßregeln durchführen durch Arbeitsvereinfachung und Verwaltungsreform. Die Steuersenkungsvorschläge haben wir nicht aus Uebermut gemacht. Sie sind nicht, wie der Abg. Hergt zuerst sagte, ein Sprung in das Dunkle. Es ist ja auch das politische Wunder eingetreten, daß die Deutschnationalen selbst die Sache jetzt nicht mehr als einen Sprung ins Dunkle betrachten. (Widerspruch rechts.) Sonst wäre es nicht zu erklären, daß die Deutschnationalen nach der Hergirede Steuersenkungsanträge eingebracht haben, die in ihrer Wirkung weit über die Regierungsvorschläge hinausgehen. (Hört, hört! links.) Eine weitere Voraussetzung für die Steuersenkungen ist es, daß wir die Ausgaben des außerordentlichen Etats, die für die Zukunft bestimmten Anlagen nicht mehr aus laufenden Einnahmen, sondern aus Anleihen bestreiten. Die Möglichkeit dazu besteht, denn die deutschen Spareinlagen vermehren sich dauernd in beträchtlichem Maße. Die Anträge auf Senkung anderer Steuern werden sich nicht durchführen lassen. Wir machen unsere Vorschläge immer von dem Gesichtspunkt aus, daß damit eine Entlastung und Belebung der Wirtschaft erreicht werden soll. Das ist von der an sich wünschenswerten Herabsetzung mancher anderen Verbrauchssteuern nicht zu erwarten. Die Steuermilderungsvorlage ist die Konsequenz, die die Reichsregierung aus der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage zieht. Es ist eine Notmaßnahme, zu der uns die Entwicklung der letzten Zeit gezwungen hat. Ich wäre nicht in der Lage gewesen, solche Steuermilderungen vorzuschlagen, wenn nicht die vorsichtige Steuerpolitik des letzten Sommers es dahin gebracht hätte, daß wir in diese Notzeit mit Ueberschüssen hineingegangen sind. (Beifall.)

Uebersicht über das erste Geschäftsjahr der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Berlin, 8. März. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht in ihrem Nachrichtenblatt eine Uebersicht über das erste Geschäftsjahr, das die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925, also 15 Monate, umfaßt. Zum Güterverkehr bemerkt der Bericht, daß die Wagengestellung im Geschäftsjahr annähernd 93 Prozent der des Jahres 1913 erreichte und in den Monaten des stärksten Herbstverkehrs auf etwa 97 Prozent der Vorkriegsleistung stieg. Der Wagenbedarf konnte fast immer rechtzeitig gedeckt werden. Frachterleichterungen sind durch zahlreiche Einzeltarifmaßnahmen und durch Ausnahmetarife gewährt worden, so daß am Ende des Berichtsjahres die Gütertarife nur etwa 35 Prozent über den Vorkriegsfrachten lagen. Ueber die finanzielle Lage heißt es, daß es der Reichsbahn im ganzen gelungen ist, neben den laufenden Betriebsausgaben und den Aufwendungen für werbende Anlagen fristgemäß die Zahlungen für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen zu leisten. Genaue Betriebsergebnisse stehen indes noch nicht fest; etwaige Rückstellungen aus 1925 sollen zur Entlastung des Jahres 1926, das einen unbefriedigenden Anfang genommen hat, Verwendung finden. Der Personalstand ist von 771 193 auf 711 881 Köpfe gesenkt worden. Die lohnpolitische Lage war durch mehrere allgemeine Lohnbewegungen gekennzeichnet.

Dr. Haslinde wieder im Dienst.

Berlin, 8. März. Der vom Krankheitsurlaub zurückgekehrte Dr. Haslinde hat heute die Dienstgeschäfte wieder übernommen.